

ALS SPD MIT DEM BÜRGERHAUSHALT PUNKTEN

Am 18. Februar startet der 2. Stuttgarter Bürgerhaushalt. Bis zum 11. März können Vorschläge für Investitionen, Einnahmen und Sparmaßnahmen gemacht werden. Zwischen 18. März und 08. April können diese Vorschläge bewertet werden.

Der Kurzbegriff „Bürgerhaushalt“ steht für ein Mehr an Mitwirkung und Transparenz auf einem zentralen Feld der Kommunalpolitik. Bürgerinnen und Bürger reichen zu den Haushaltsberatungen Vorschläge über Investitionen und zu den laufenden Kosten der Kommune ein. Sie diskutieren die gemachten Vorschläge und erstellen eine Rangliste. Das Letztentscheidungsrecht bleibt auf der Grundlage der Gemeindeordnung beim Gemeinderat. Ziel ist es, über eine erweiterte Partizipation der Bevölkerung eine gerechtere Verteilung von Gemeinderessourcen zu erreichen.

Es ist das Verdienst der SPD Stuttgart, dass wir dieses wichtige Instrument

der Bürgerbeteiligung und Mitgestaltung des Stadtlebens in Stuttgart erfolgreich umsetzen. Nun gilt es, den Bürgerhaushalt 2013 als SPD auf verschiedenen Ebenen zu begleiten. Hier ein paar Anregungen:

- Auf den Veranstaltungen in den Stadtbezirken zum Bürgerhaushalt im Januar und Februar.
- Die von der Volkshochschule ausgebildeten Multiplikatoren zum Bürgerhaushalt für Veranstaltungen in Vereinen, Kirchen, im OV, etc. einladen.
- Themen für Stuttgart (Wohnen, Bildung, Soziales, etc.) Vorschläge einbringen, und diese Vorschläge positiv bewerten. Qualität steht vor Quantität. (Beim letzten Bürgerhaushalt reichten ca. 150 positive Bewertungen, um unter die Top 120 zu kommen).

Informieren, vorschlagen und bewerten unter: www.buergerhaushalt-stuttgart.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

der zweite Bürgerhaushalt beginnt ab dem 18. Februar. Er ist ein tolles Instrument der direkten Demokratie und bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Einfluss auf die Entscheidungen im Gemeinderat zu nehmen. Mit dem Bürgerhaushalt eröffnet sich die Chance, auch und gerade den nicht ganz so organisierten Stimmen Gehör zu verschaffen und den Blick auf andere Bereiche zu lenken. Bitte macht in eurem Umfeld Werbung für den Bürgerhaushalt. Es würde mich besonders freuen, wenn dabei Anträge aus dem Bereich Soziales stärkere Unterstützung fänden.

Die SPD feiert dieses Jahr ihr 150-jähriges Bestehen. Die SPD ist eine Partei mit einer beeindruckenden Geschichte. Momentan planen der Kreisverband und die Ortsvereine diverse Aktionen für dieses Jubiläum. Falls ihr noch Unterstützung benötigt, so findet ihr im Newsletter auf Seite 3 entsprechende Hinweise und Anregungen.

Ganz besonders freut es mich, dass mit Cristina Rizzotti eine Stuttgarter Genossin für den italienischen Senat kandidiert. Sie kandidiert im Wahlkreis Europa. Wir wünschen ihr viel Erfolg!

Solidarische Grüße
Euer

Dejan Perc

Vorsitzender SPD Stuttgart



NEUES AUS DEM KREIS

SPD STUTTGART UND PD GERMANIA RUFEN AUSLANDSITALIENER ZUR WAHL AUF

von Peter Müller-Rockstroh

Am 24. und 25.2.2013 wählt Italien ihre neue Abgeordnetenversammlung und den Senat. Bereits ab 6.2.2013 können die rund 4 Millionen Auslandsitaliener per Briefwahl an der Wahl teilnehmen. Dabei hat diese Gruppe einen großen Einfluss auf den Wahlausgang. Nachdem Silvio Berlusconi erneut seine Kandidatur erklärt hat, ist es nicht nur für Italien, sondern auch für Europa wichtig, dass die Italiener ihr Wahlrecht wahrnehmen. „Deshalb rufen wir als SPD Stuttgart und PD Germania

(Partito Democratico) die rund 14.000 Auslandsitaliener in Stuttgart auf, zu wählen und ein klares Zeichen zu setzen: Un calcio in culo, Signor Berlusconi“, so Daniel Campolieti, Stellvertreter Vorsitzender der SPD Stuttgart und gebürtiger Halb-Italiener.

Ganz besonders stolz ist die SPD Stuttgart, dass die im Stuttgart Süden lebende Cristina Rizzotti für den italienischen Senat im Wahlkreis Europa kandidiert. Die 47-jährige arbeitet a im

Italienischen Kulturinstitut Stuttgart. Sie benötigt von den im Wahlkreis Europa 1 lebenden Italienern rund 26.000 Stimmen für den Einzug. „Wir unterstützen Sie selbstverständlich tatkräftig, genauso wie die PD Stuttgart unsere Kandidatin Bettina Wilhelm im Oktober unterstützt hat“, so Campolieti. Cristina Rizzotti arbeitet in der SPD Stuttgart u.a. im Arbeitskreis Europa mit und ist eine wichtige Stütze der Partei bei der Weiterentwicklung eines gemeinsamen sozialen Europas.

CHRISTINA RIZZOTTI STELLT SICH VOR

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns Sozialisten verbindet ein gemeinsamer Leitgedanke: Eine soziale und gerechte Welt, in der jeder seinen Platz findet. Niemand soll dabei vergessen oder ausgeschlossen werden!

Um es mit den Worten unseres Generalsekretärs und Spitzenkandidaten Pier Luigi Bersani auszudrücken: “La sinistra è l’idea che se guardi il mondo con gli occhi dei più deboli, puoi fare davvero un mondo migliore per tutti”.

Wir, die Partito Democratico, kämpfen dafür, die rechte Regierung rund

um Berlusconi endlich nach Hause zu schicken! Helft uns dabei.

Zusammen wollen wir uns für ein gerechteres Europa stark machen: Mit Francois Hollande haben wir als Politische Linke in Frankreich begonnen, mit Pier Luigi Bersani werden wir im Februar Italien gewinnen und mit Peer Steinbrück im September in Deutschland. Gemeinsam streiten wir dann für ein soziales Europa.

Ich danke der SPD Stuttgart, dass sie meinen Wahlkampf unterstützt. Glück auf.

Cristina Rizzotti



Care democratiche e cari democratici,

L’Italia sta attraversando una crisi profonda che non la investe solo in termini economici ma anche in termini etici e culturali. L’Italia in questo momento storico ha bisogno soprattutto di stabilità e di rinnovamento per poter avviare importanti riforme e incentivare lo sviluppo per dare ai cittadini tutti una speranza per un futuro migliore!

L’Italia non ha più bisogno di programmi restrittivi e miopi del Centrodestra!

Solo il PD ha un programma e un progetto politico che può portare l’Italia ad uscire dalla crisi che sta creando tante nuove povertà.

Anche noi italiani all’estero abbiamo la possibilità di contribuire a questo cambiamento votando per corrispondenza (entro le ore 16.00 del 21 febbraio le buste devono pervenire o essere consegnate nelle sedi consolari) i candidati della Circostrizione Estero esprimendo due preferenze sia per la Camera sia per il Senato.

Dalla Germania si candidano per il Partito Democratico 4 candidati tra cui tre donne e un uomo quale espressione dei propri Circoli sul territorio.

Per la Camera sono in lista: Laura Garavini (capolista), Michela Baranelli e Pino Maggio. Per il Senato: Cristina Rizzotti. Una scelta importante, coraggiosa e moderna all’insegna del rinnovamento all’interno del Partito.

**NOI VOGLIAMO DIRE BASTA AI DAN-
NOSI GOVERNI DI CENTRODESTRA. VO-
GLIAMO UN CAMBIAMENTO PER UN’
ITALIA PIÙ GIUSTA E SOLIDALE DOVE IL
BENE COMUNE È AL PRIMO POSTO!
VOTATE E FATE VOTARE PD!!**

Cristina Rizzotti

NEUES AUS DEM KREIS

150 JAHRE-SPD-JUBILÄUM AUCH IN STUTTGART - WIR KOMMEN IN DIE GÄNGE!

von Peter Müller-Rockstroh

Die SPD feiert in diesem Jahr den 150. Jahrestag ihrer Gründung im Jahr 1863 in Leipzig und damit ihre große und wechselvolle Geschichte. Der Kreisvorstand hat dazu Anfang Januar auf Vorschlag einer Arbeitsgruppe ein Konzept beschlossen und an die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften versandt, um diesem Jubiläum durch eine Vielzahl von zentralen und ebenso von stadtteilnahen Aktivitäten, keineswegs nur Veranstaltungen mit Rede und Debatte, auch in Stuttgart angemessenes Gewicht und breite Beachtung zu verschaffen.

Stuttgart war schließlich in mehreren Phasen der 150jährigen Geschichte der deutschen und internationalen Sozialdemokratie einer der wichtigsten Plätze dieser Geschichte, schon vor und nach dem „Sozialistengesetz“ Ende des 19. Jahrhunderts, während der „Revisionsmusdebatte“ Anfang des 20. Jahrhunderts, mit dem Internationalen Sozialistenkongress 2007, mit der Übernahme der ersten Ministerpräsidentenschaft nach 1919 durch Wilhelm Blos, im Widerstand gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten mit Erwin Schoettle und Kurt Schumacher vor und nach 1933, mit dem Wiederaufbau der Partei und wiederholten Regierungsbeteiligungen seit 1945. Dies wollen wir bekannt machen und feiern.

Stadtweite Aktivitäten im Plan

Das Programm wird eröffnet mit einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung vorbereiteten Ausstellung, die im Rathaus vom 9. April bis 3. Mai 2013 gezeigt werden wird, und vier begleitenden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen am 9., 11., 17. und 30. April. Themen, Redner, Beteiligte werden wir in den folgenden Ausgaben veröffentlichen. Der Kreisverband plant als weitere stadtweite Aktivitäten: a) mehrere „Zeitzeugengespräche“ zur Nachkriegsgeschichte der SPD in Stuttgart unter Federführung der MdB und MdB Kandidaten, b) eine mehrfach zu

veranstaltende „sozialdemokratische Stadtführung“ zu Traditions- und Erinnerungsorten der Arbeiterbewegung und des Widerstands in der Landeshauptstadt, sowie c) eine kleine transportable Wanderausstellung, die den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften für ihre Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, aber auch in den Waldheimen und bei befreundeten Organisationen gezeigt werden kann und sollte.



Die Arbeitsgemeinschaften sind aufgefordert worden, im Zeitraum zwischen Ende April und Mitte Juli (also vor dem eigentlichen „Wahlkampf“ zum Bundestag) jede für sich Veranstaltungen und Aktionen zu planen, die von einem „Geburtstagsfest“ der SPD am Gründungstag, dem 23. Mai bis hin zu Lesungen, Erinnerungsveranstaltungen, Generationengesprächen und anderen Dingen reichen; der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt. Den Ortsvereinen wird für den gleichen Zeitraum ein umfangreiches „Buket“ von Aktionen zur Auswahl vorgeschlagen: Lesungen mit lebenden Zeitzeugen, Straßenaktionen und Straßenfeste auf Straßen und Plätzen, die die Namen herausragender Sozialdemokraten tragen (Willy-Brandt-, Kurt-Schumacher-, Erwin –Schoettle-,

Karl-Kloss-, Wilhelm-Blos-, da gibt's in den Stadtteilen noch einige mehr...), Filmvorführungen und Gesprächs-abende für Mitglieder und befreundete Organisationen, vor allem auch in den Waldheimen, Einladungen an Mitglieder, Freund/innen, befreundete Organisationen zu gemeinsamem Besuch der „zentralen“ Ausstellungen und Veranstaltungen, Einladungen an Schulklassen und Lehrer zu gemeinsamen Besuchen und Führungen, Stadtpaziergänge mit „Rotem Geburtstags-Kaffee und –Kuchen“ am SPD- Geburtstag oder anderen Tagen, „Schreibwerkstätten“ zum Thema „Meine SPD-Geschichte“ mit gezielten Einladungen vor allem an die älteren Mitglieder. Auch hier: Kreativität nicht begrenzt, aber baldige Planung empfohlen!

Arbeitsgruppe koordiniert

Dieses Programm bietet also Raum für vielfältige Ideen, Aktionen und Veranstaltungen - es kann auch nur umgesetzt werden, wenn sich schon in den nächsten Wochen nicht nur die „Vorstände“, sondern auch viele weitere Mitglieder beteiligen. Die Koordination für Termine und Durchführung liegt in der Hand von Peter Müller-Rockstroh zusammen mit weiteren Mitgliedern seiner Arbeitsgruppe; ab Mitte Februar steht er allen Mitgliedern, Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften zur Beratung und Planung zur Verfügung. Alle Planungen und Termine bitten wir an ihn zu melden. Wir werden einen möglichst vollständigen Kalender dieser Aktivitäten laufend in den kommenden Ausgaben des „Newsletter“ veröffentlichen und wollen ihn gegen Ende März/Anfang April auch den Medien vorstellen. Pakken wir's also so bald wie möglich an...!

Kontakt:

Peter Müller-Rockstroh, Starenweg 10, 70565 Stuttgart, Tel. 0711-327 3030 und 0175-150 9441, e-Adresse: pmrockstroh@t-online.de

NEUES AUS DEM KREIS

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH MIT LENI BREYMAIER

Im Namen des SPD-Kreisverbands Stuttgart sowie des SPD-Ortsvereins Stuttgart-Ost laden der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc sowie der Vorsitzende der SPD im Stuttgarter Osten und Stv. Kreisvorsitzende Daniel Campolieti herzlich zum diesjährigen Politischen Aschermittwoch

der Stuttgarter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein. Gast und Hauptrednerin ist die ver.di-Landesvorsitzende Leni Breymaier.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 13. Februar 2013 um 19:00 Uhr traditionell in der Gaststätte und

Theater Friedenau (Rotenbergstr. 127) statt. Für einen abwechslungsreichen Abend wird auch in diesem Jahr wieder die Blaskapelle des Musikverein Gaisburg mit einem bunten Programm aus den vergangenen Jahrzehnten sorgen. Gäste sind herzlich willkommen.

An der Kreiskonferenz am 21.1.2013 wurden folgende Beschlüsse getroffen:

HERSTELLUNG UND EINSATZ BEWAFFNETER DROHNEN

Die SPD Stuttgart lehnt Herstellung und Vertrieb bewaffneter Drohnen und deren Einsatz durch die Bundeswehr kategorisch ab.

Begründung:

Die Äußerung von Verteidigungsminister Thomas de Maizière „Gezieltes

Töten ist ein Fortschritt“ kann nur als zynisch bezeichnet werden.

Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold fordert „eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte über ethische Fragen wie zum Beispiel: Sinkt die Einsatzschwelle bei unbemann-

ten Systemen? Und sind autonome, voll automatisierte Drohnen anstelle der ferngelenkten Flugkörper dann der nächste Schritt?“ Die „gezielten“ Einsätze von Drohnen durch das amerikanische Militär haben gezeigt, dass auch mit zivilen Opfern zu rechnen ist.

BEKÄMPFUNG DER SCHEINSELBSTÄNDIGKEIT

Die SPD – Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Schaffung eines bundesweiten Gewerbergisters einzusetzen.

Begründung:

Da in immer mehr Branchen Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt werden, drängen immer mehr Arbeitgeber ihre Beschäftigten in die Scheinselbständigkeit, um damit den Mindestlohn und die anfallenden Sozialversicherungsabgaben zu umgehen.

Der Nachweis für eine Scheinselbständigkeit erfordert einen sehr hohen bürokratischen Verwaltungsaufwand.

Beispiel: Die Bundeszollverwaltung trifft einen selbständigen Bauarbeiter auf einem Bauvorhaben an. Dort werden die Personalien erfasst und festgestellt, ob es um einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder um einen Selbständigen handelt. Stellt sich heraus, dass es sich um einen Selbständigen handelt, werden

explizite Fragestellungen angewandt um die Scheinselbständigkeit zu überprüfen. Dabei wird besonders darauf geschaut, wie der Selbständige in den Arbeitsablauf des Auftraggebers eingebunden ist, für wie viele Auftraggeber er tätig ist usw.. Nachdem diese Fragen alle geklärt wurden und der Verdacht der Scheinselbständigkeit besteht, wird der Fall an die Deutsche Rentenversicherung abgegeben. Diese prüft den Sachverhalt eigenständig und erstellt darauf hin einen Bescheid, in dem die abhängige Beschäftigung des Selbständigen festgestellt wird und die Höhe des Schadens für die Sozialversicherung festgehalten wird. Danach wird der Fall wieder an die Bundeszollverwaltung übergeben. Diese fertigt einen Schlussbericht für die Staatsanwaltschaft an. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den Auftraggeber. Im Falle einer Verurteilung kommt der Arbeitgeber für den kompletten Sozialversicherungsschaden auf, das bedeutet für den Arbeitgeberanteil und für den Arbeitnehmeranteil.

Dabei kann folgendes Problem entstehen: Da es kein bundesweites Gewerbergister gibt, kann nicht überprüft werden, ob der Scheinselbständige nicht bereits in einer anderen Kommune erneut ein Gewerbe angemeldet hat, um weiterhin als Selbständiger auftreten zu können. Dies gefährdet massiv sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, weil Scheinselbständige um ein vielfaches billiger auf dem Arbeitsmarkt auftreten, da sie keinerlei Sozialversicherungen bezahlen, aber von ihrem geringen Einkommen auch keine private Vorsorge treffen können. Das heißt: im Krankheitsfall tritt das Sozialamt ein und beim Renteneintritt die allgemeine Grundsicherung. D. h. es wurde nie in die Sozialversicherungssysteme einbezahlt und sie werden dennoch in Anspruch genommen und somit doppelt belastet.

Daher ist eine bundesweite Gewerbergisterdatei zur effektiven Bekämpfung von Scheinselbständigkeit und zur Sicherung unseres Sozialsystems unerlässlich.

NEUES AUS DEN GEMEINDERAT

OLGÄLE BRAUCHT HILFE

von Dr. Maria Hackl

Unser Olgäle ist in die Kritik geraten. Fehlendes Personal, verschobene Operationen und viele Überlastungsanzeigen der Mitarbeitenden haben uns und viele andere aufgeschreckt. Die SPD-Fraktion will von der Klinikleitung genau wissen, wie sich die Situation tatsächlich darstellt. Deshalb findet Anfang Februar eine zusätzliche Sitzung des Krankenhausausschusses statt.

Allerdings ist ungeachtet der speziellen Situation im Olgäle klar, dass die Bundespolitik in den letzten Jahren hierbei völlig versagt hat. Die Fallpauschalen für die Gesundheitsversorgung von Kindern sind zu gering, alle Kinderkrankenhäuser müssen seit Jahren trotz guter Arbeit mit einem strukturellen Defizit leben. In Stuttgart ist deshalb der Gemeinderat in die Bresche gesprungen: Seit dem Jahr 2010

erhält das Olgäle jährlich einen städtischen Zuschuss in Höhe von 5 Mio. €. Wir wollen, dass die Kinder im Olgäle auch in Zukunft medizinisch und pflegerisch gut versorgt sind. Der gute Ruf des Olgäle muss immer neu durch beste Leistung bestätigt werden. Dafür hat die Klinikleitung Sorge zu tragen. Und zudem muss der Bund die Rahmenbedingungen für eine menschengerechte Gesundheitspolitik schaffen.

WEITERE G9-GYMNASIEN IN STUTTGART

von Manfred Kanzleiter

Die SPD-Gemeinderatsfraktion freut sich über die Entscheidung des Kultusministeriums, dass zwei weitere Gymnasien in Stuttgart einen G9-Zug anbieten können. Das Leibniz-Gymnasium in Feuerbach und das Wilhelms-Gymnasium in Degerloch bieten ab dem Schuljahr 2013/14 den längeren Weg zum Abitur an.

Diese Entscheidung bedeutet, dass drei der landesweit 44 G8/G9-

Gymnasien in der Landeshauptstadt sind. „Damit kommt das Kultusministerium dem Wunsch vieler Eltern und Schüler aus Stuttgart nach, das Abitur in neun Jahren ablegen zu können. Das ist durchaus bemerkenswert, wenn man weiß, dass sich die Grünen im Land vehement gegen diese Auswahlmöglichkeit ausgesprochen haben“, kommentiert Marita Gröger, die schulpolitische Sprecherin

der Fraktion, die Entscheidung. „Die Anliegen der Eltern sind bei der SPD gut aufgehoben. Nun gibt es mit den Standorten der drei G9 Schulen in S-Ost, Feuerbach und Degerloch eine gute räumliche Verteilung im Stuttgarter Stadtgebiet“, so Gröger abschließend. Das Zeppelin-Gymnasium in Stuttgart-Ost bietet bereits seit dem Schuljahr 2012/13 einen G9-Zug an.

TEMPO 30 VOR SCHULEN?

von Roswitha Blind

Kinder verhalten sich oft unvernünftig und unvorsichtig. Wenn sie gemeinsam zur Schule gehen, wenn sie unterwegs auf Klassenkameradinnen und Freunde treffen, dann lässt ihre Aufmerksamkeit für den Straßenverkehr nach. Deshalb wäre Tempo 30 vor Schulen gut für die Kinder. Aber die Verwaltung hat entsprechende Vorstöße bisher abgelehnt.

Andere Städte schützen ihre Kinder

besser. Der Nürnberger Gemeinderat zum Beispiel hat im Sommer 2011 Tempo 30 vor seinen Schulen beschlossen. Ein Autofahrer hat dagegen geklagt, doch kurz vor Weihnachten hat das Verwaltungsgericht in Ansbach die Klage abgewiesen. Weil Kinder sich unvorsichtig verhalten, komme es vor Schulen zwangsläufig immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen, befand das Gericht. Tempo 30 vor

Schulen sei deshalb grundsätzlich möglich. Man muss nicht warten, bis etwas passiert.

So machen wir nun einen neuen Vorstoß für Tempo 30 vor Schulen. Wir sind zuversichtlich, dass das Urteil von Ansbach unserer Stadtverwaltung Mut macht, sich dieses Mal auf unseren Antrag einzulassen. Die Unversehrtheit unserer Kinder ist ein hohes Gut.

MENSCHENHANDEL, NEIN DANKE!

von Ariane Zürn

Zehn Jahre ist es her, dass in Deutschland Prostitution legalisiert wurde. Die Hoffnung und Erwartung, dass sich damit die Lebensverhältnisse der Frauen verbessern, wurde nicht erfüllt. Die Armutsprostitution und die Übergriffe auf Frauen durch Freier und Zuhälter haben in großem Umfang zugenommen. Neben der Verbreitung ansteckender Krankheiten kommt es häufig zu Schwangerschaften, die die Frauen

vor massive Probleme stellen. Die Regelungen zur Prostitution liegen auf Bundesebene. Diese handelt nicht. Doch die SPD in Stuttgart will nicht länger zuschauen und fordert die Verwaltung auf, alles zu tun, was auf kommunaler Ebene möglich ist. So wollen wir, dass alle Ämter der Stadt koordiniert gegen die menschenunwürdigen Bedingungen von Prostitution und den Menschenhandel, der damit verbun-

den ist, vorgehen. Alle Ämter müssen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Maßnahmen ausschöpfen, indem sie z.B. die Möglichkeit zur Prüfung von Mietverträgen wahrnehmen. Es müssen die Ausbeuter belangt werden, die sich an den Frauen skrupellos bereichern. Es dürfen nicht die Frauen bestraft werden! Im Gegenteil: wir müssen helfen, sie aus ihrer Zwangssituation zu befreien.

NEUES AUS BUND UND REGION

SPD SETZT ZUSÄTZLICHE BUNDESMITTEL FÜR KRIPPENAUSBAU DURCH

Zum 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch für Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung eilt. Darum gibt der Bund nun zusätzliche Mittel für den Krippenausbau in Höhe von 580,5 Mio. Euro. Damit können 30.000 zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden. So hat es der deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen.

78,16 Mio. € für Baden-Württemberg

Die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt freut sich, dass es voran geht und dass auf Baden-Württemberg 78.158.734 EUR entfallen. Sie stellt aber fest, dass nur auf massiven Druck der SPD im Bund und in den Ländern die schwarz-gelbe Bundesregierung jetzt das Geld für den Kitausbau bereit stelle. Im Zuge der Verhandlungen zum Fiskalpakt letztes Jahr hätten sich vor allem die SPD-Ministerpräsidenten Kurt Beck und Olaf

Scholz mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes am Kita-Ausbau durchgesetzt. Ute Vogt: „Ohne die Verknüpfung des Themas Kita-Ausbau mit dem Thema Fiskalpakt wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, zusätzliche Bundesmittel für den U3-Bereich zu mobilisieren.“ Dass diese dringend benötigten Mittel jetzt endlich kommen, sei also keinesfalls Bundesministerin Schröder (CDU) oder der Bundesregierung zu verdanken. Denn dass ein weitaus höherer Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege da ist, habe die Familienministerin stets bestritten. Familienministerin Schröder ducke sich seit Jahren weg, wenn es darum geht, den Ausbau der frühkindlichen Bildung zu forcieren, kritisiert die Abgeordnete. Die SPD habe auch immer deutlich gemacht: Geld allein reicht nicht aus, um den Kita-Ausbau weiter anzuschieben. Die Bundesregierung müsse in verschiedenen Bereichen – beispielsweise zur Gewinnung

von mehr Fachkräften für Kindertageseinrichtungen und zum weiteren Ausbau der Qualität – endlich aktiv werden.

Neuer Krippengipfel

„Wir brauchen darum dringend einen neuen Krippengipfel“, fordert Ute Vogt, „um dort zusätzliche konkrete Maßnahmen zu verabreden.“ Auch die Kommunalen Spitzenverbände und weitere Verbände fordern nach wie vor einen solchen Krippengipfel - den Ministerin Schröder jedoch stets zurückweist. Dass die Bundesregierung an dem umstrittenen Betreuungsgeld festhält, regt Ute Vogt am meisten auf: „Mit diesem Betreuungsgeld wird nur ein Anreiz geschaffen, die öffentlich geförderten Angebote der frühkindlichen Bildung nicht zu nutzen.“ Das sei nicht nur bildungs- und integrationspolitisch eine Katastrophe, sondern führe auch dazu, dass Geld für den Krippenausbau schlicht fehle.

SPD FORDERT MEHR ZÜGE AUF DER SCHUSTERBAHN

von Thomas Leipnitz

In einem Antrag der SPD-Regionalfraktion haben die Sozialdemokraten im Verkehrsausschuss des Verband Region Stuttgart konkrete Verbesserungen im Zugangebot auf der so genannten „Schusterbahn“ von Untertürkheim nach Kornwestheim gefordert. Das ÖPNV-Angebot muss auch auf der Schusterbahn den veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Menschen in der Region entsprechen. „Deshalb muss das Angebot jeweils um eine Stunde morgens bis 8.30 Uhr und abends bis 18.30 Uhr ausgedehnt werden“, fordert Leipnitz. Die Geschäftsstelle des Verbandes wird in dem Antrag außerdem aufgefordert, weitere Vorschläge für Verbesserungen im Angebot auf der Schusterbahn, insbesondere in der derzeit nicht bedienten Mittagszeit, zu untersuchen.

Nachdem die Thematik „Schusterbahn“ bereits vor einigen Jahren auf der Tagesordnung des Verbands

stand und die Diskussionen bedauerlicherweise wieder eingeschlafen sind, sieht der Verkehrs-Sprecher der SPD-Regionalfraktion, Thomas Leipnitz, durch aktuelle positive Entwicklungen, die im Bereich der Fahrgastnachfrage im Einzugsbereich von Bad Cannstatt und am Bahnhof Münster zu erwarten sind, nun den Zeitpunkt gekommen, auf diese Entwicklungen zu reagieren.

Laut Leipnitz werde die Eröffnung der BiL-Privatschule auf dem Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik mit Einzugsradius bis weit in die Region Stuttgart hinein, der beschlossene Ausbau der Grund- und Hauptschule in Münster (Elise-von-König-Schule) zur Gemeinschaftsschule im nächsten Schuljahr 2013/14 und die Verlegung die bisherige Stadtbahnhaltestelle in Bad Cannstatt, der Linie U13 weg vom Augsburgplatz direkt neben den Halt der R11 am Ebitzweg, das Fahrgastpotential deutlich erhöhen.



VERSCHIEDENES

BERICHT: ARMUT IN DER REICHEN STADT? SOZIALE TEILHABE IN STUTTGART

von Dr. Sabine Fandrych

Die Leonhardskirche war fast bis in die letzte Reihe gefüllt, als am 23. Januar 2013 eine Diskussion zu Armut in Stuttgart in der Reihe ‚Stadtleben – Stuttgart im Dialog‘ stattfand. Der Ort passte zum Thema: Derzeit bietet die ‚Vesperkirche‘ täglich ca. 600 Personen ein kostenloses warmes Mittagessen. Die Bundestagsabgeordnete Ute Vogt, eine der Einlader/Innen der Veranstaltungsreihe begrüßte die ca. 250 Gäste und führte in das Thema ein. Der kürzlich vorgestellte - geschönte - Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeige, dass sich die politisch Verantwortlichen nicht wirklich mit der zunehmenden sozialen Polarisierung in Deutschland auseinandersetzen wollten und die strukturellen Ursachen der Armut nicht ernsthaft angingen.

In der anschließenden kurzen Podiumsdiskussion stellte Ariane Krentz vom statistischen Landesamt fest, dass Stuttgart die Stadt mit der am schnellsten wachsenden Armutsgefährdung in Deutschland sei. Ca. 20,8% seien gemessen am Durchschnittseinkommen Stuttgarts von Armut bedroht. Ein Problem sei auch dass die Sozialleistungen bundeseinheit-

lich seien, die Lebenshaltung in Stuttgart aber besonders teuer. Bernhard Löffler, Regionsvorsitzender des DGB Nordwürttemberg beklagte, dass die Reichen immer reicher würden, während der Anteil prekär Beschäftigter in Baden-Württemberg auf 38% angestiegen sei. Diakoniepfrerin Karin Ott schilderte eindringlich, dass die Gesichter und Geschichten der Armut immer bunter würden: Während früher eher Obdachlose und Drogenabhängige das Angebot der Vesperkirche genutzt hätten, träfe man nun auch Dauerpraktikanten, Alleinerziehende, Frührentnerinnen und arbeitslose Akademiker an.

Armut kann man in Höhenmetern messen

In Stuttgart sei die Armut aufgrund hoher Mietpreise auch auf bestimmte Stadtquartiere konzentriert: ‚Die Armut kann man in Höhenmetern messen: Je höher man wohnt, desto reicher ist man.‘ Einhellig forderten Löffler und Ott die Bereitstellung von mehr sozialem und bezahlbarem Wohnraum. Löffler forderte darüber hinaus die Finanzierung von Arbeit, statt die von Arbeitslosigkeit. Die neue

Landesregierung habe mit ihrem Modellversuch des Passiv-Aktivtausches und dem Tariftreuegesetz wichtige Signale gesetzt. Ebenfalls gefordert wurde ein einkommensabhängiges Kindergeld, die höhere Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen. Pfarrerin Ott brachte es auf den Punkt: „Es geht um eine gerechtere Verteilung des Vermögens, denn wir glauben, dass eigentlich genug für alle da ist.“

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum ging es auch um die Frage der Subventionierung von Mobilität Armer als Voraussetzung für soziale Teilhabe sowie weitere mögliche Maßnahmen der Stadt Stuttgart, wie kostenlose Mittagessen für bedürftige Schulkinder. Von Moderator Peter Heilbrunner, Abteilungsleiter Wirtschaft und Umwelt des SWR Hörfunks nach ihrem Fazit gefragt, stellte Ute Vogt fest, dass eine Bekämpfung der Auswüchse der prekären Arbeit, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine soziale Wohnungspolitik und die bessere Ausstattung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen prioritär seien. Dies nehme sie von der Veranstaltung mit in das politische Berlin.



In der Veranstaltungsreihe STADTLEBEN möchte das Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, gemeinsam mit einem Kreis von Einlader/Innen aus Hochschule, Politik und Gesellschaft den Dialog von Vereinen, Verbänden, Organisationen – und vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt – intensivieren. Wir wollen das Stichwort Urbanität mit Leben füllen, die Vielfalt des Stadtlebens beleuchten und vor allem Impulse für die Zukunft des Lebens in Stuttgart geben. Es geht um Fragen des Wohnens und Städtebaus, Arbeits- und Lebenswelten, Wachstum, Ökologie und Kultur in der Stadt.

DIES UND DAS

WEINPROBE BEIM COLLEGIUM WIRTEMBERG

Am 17.1.2013 besuchten 80 Genossinnen und Genossen gemeinsam die Weinprobe des Kreisverbands beim

Collegium Wirtemberg. Hier ein paar Impressionen von diesem Abend.



TERMINE

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

13. FEBRUAR 2013, 19 UHR
FRIEDNENAU

KREISDELEGIERTEN-KONFERENZEN MITGLIEDERÖFFENTLICH

18. MÄRZ 2013, 18 UHR

AKTUELLE INFOS IM INTERNET:

 spd-stuttgart.de

 twitter.com/spd0711

 facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart, Manuel Vowinkel,
Fritz-Erler-Foum

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den
eingesandten Beiträgen der
Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de